

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Anwesende

Herr Koch, Lühr
 Herr Benter, Christian
 Herr Bischoff, Jörg
 Herr Blanke, Andreas
 Frau Boos, Regina
 Frau Brands, Beatriks
 Herr Cordes, Hubert für Herrn Brodrick, Helmut
 Herr Derksen, Rene
 Herr Dr. Goeke, Martin
 Frau Gödderz, Sandra
 Frau Jacobs, Silke
 Herr Köhler, Hans-Jürgen
 Herr Lenz, Eugen
 Frau Müthing, Christa
 Herr Nowak, Werner
 Frau Radtke, Dorothee
 Herr Scheffler, Stefan
 Herr Osmann, Denis für Herrn Tüzün, Saadettin
 Frau Walther, Andrea-Cora
 Herr Wissing, Matthias
 Herr Wolter, Horst
 Frau Wolter, Marita
 Herr Zimkeit, Stefan

Abwesende

Herr Brodrick, Helmut
 Herr Tüzün, Saadettin

Verwaltung

Herr Schranz, Daniel	Oberbürgermeister
Herr Tsalastras, Apostolos	1. Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Motschull, Frank	Beigeordneter
Frau Münich, Elke	Beigeordnete
Frau Lauxen, Sabine	Beigeordnete
Herr Schmidt, Jürgen	Dezernent

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Bereich Rechnungsprüfung

Frau Franke, Eva
Herr Januschewski, Andreas
Herr Icking, Siegfried
Herr Thönissen, Frank

Außerdem

Herr Schnellbacher, Jörg	Bereich 1-1/Finanzen
Herr Heithausen, Michael	Bereich 1-1/Finanzen
Herr Kawicki, Achim	Bereich 4-1/Personal und Organisation
Herr Klockhaus, Bernhard	Bereich 5-6/Tiefbau
Frau Kenzer, Nicole	Bereich 6-1/Feuerwehr
Herr Auschrat, Gerd	Bereich 6-1/Feuerwehr
Herr Willecke, Thomas	Bereich 9-5/Stabsstelle Beteiligungen

Gäste

Herr Szymaniak	Presse
----------------	--------

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

- 1 Formelle Feststellungen und Hinweise

- 2 Überörtliche Prüfung i. S. d. § 105 GO NRW der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW)
Vorlage: M/16/1684-01

- 3 Untersuchung der Niederrheinischen Treuhand GmbH (NRT)
- über den Abschluss von Mobilfunkverträgen und
- des Verfahrens der Beschaffung der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH für die Stadt Oberhausen
Vorlage: M/16/1685-01

- 4 Neues Kommunales Finanzmanagement
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014
Vorlage: B/16/1672-01

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Formelle Feststellungen und Hinweise

Der Vorsitzende **Herr Stadtv. Koch** eröffnet die 6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses in der Legislaturperiode 2014/2020 und begrüßt die Anwesenden. **Herr Stadtv. Koch** stellt fest, dass die Einladungen form- und fristgerecht am 11. Mai 2016 den Ausschussmitgliedern zugeleitet worden sind. Die Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten I. 3 und II. 1 wurden am 18. Mai 2016 nachgereicht. Auf Nachfrage des Vorsitzenden **Herrn Stadtv. Koch** gibt es keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung. Darüber hinaus werden keine Widersprüche zur Niederschrift über die Sitzung am 19. Januar 2016 geltend gemacht.

2. Überörtliche Prüfung i. S. d. § 105 GO NRW der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) Vorlage: M/16/1684-01

Frau Stadtv. Walther, Herr Stadtv. Benter und Herr Stadtv. Zimkeit bemängeln zunächst übereinstimmend, dass der GPA-Bericht in Anbetracht der zahlreichen fachspezifischen Ausführungen nicht vorab den entsprechenden Fachausschüssen zur Beratung vorgelegt wurde.

Herr Stadtv. Benter verweist auf die überörtliche Prüfung des Bereiches Sicherheit und Ordnung, dort auf die Feststellung Nr. 2 (Seite 8 von 30), und fragt, inwieweit die „doppelte Vorhaltung“ von Dienstleistungsangeboten genutzt wird.

Frau Stadtv. Walther bezieht sich auf den Vorbericht der überörtlichen Prüfung und resümiert, dass die tendenziell belastende Positionierung der Stadt Oberhausen bezogen auf den Durchschnitt der kreisfreien Städte in NRW durch die strukturellen Rahmenbedingungen bestimmt wird. Vor dem Hintergrund einer Datenerhebung im interkommunalen Vergleich vermisst sie die Darstellung entsprechend vergleichender Ergebnisse im Rahmen des Kommunalindex für Wirtschaftlichkeit (KIWI). Ihr Klärungsbedarf richtet sich auf den überörtlichen Teilbericht „Jugend“ und die dortige Feststellung der GPA NRW (Seite 26 von 32), dass die Stadt Oberhausen keine Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen im Offenen Ganztage erlassen hat. Des Weiteren stellt sie in Frage, inwieweit die Verwendung des Kriteriums „Bruttogrundfläche“ bei der Bewertung des Schulflächenbedarfes sinnvoll ist (Teilbericht „Schulen und Sport“, Seiten 3 bis 15 von 29). Mit Bezug auf das GPA-Kennzahlenset verweist **Frau Stadtv. Walther** auf die Aufwendungen der Stadt Oberhausen für Hausmeisterdienste je m² Bruttogrundfläche in Euro (Seite 10 von 28), die nachweislich den erhobenen Maximum- und Mittelwert überschreiten.

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Mit Blick auf die Tatsache, dass der vorliegende GPA-Bericht für die interkommunalen Vergleiche das Vergleichsjahr 2011, in einigen Prüfbereichen auch 2012, zugrunde gelegt hat und somit nicht die aktuellen Zahlen betrachtet, stellt **Herr Stadtv. Zimkeit** die Frage, welche Schlussfolgerungen die Verwaltung aus dem GPA-Bericht zieht. An dieser Stelle interessieren besonders die Schlussfolgerungen der Verwaltung zu den Feststellungen und Empfehlungen hinsichtlich der Personalausstattung. Die Hinweise der GPA NRW zu den Einspareffekten weiterer zentralisierter Verwaltungsdienstleistungen finden nach Auskunft des **Herrn Stadtv. Zimkeit** dagegen keine Zustimmung in der kommunalpolitischen Willensbildung.

Der Ausschussvorsitzende **Herr Stadtv. Koch** und **Herr Oberbürgermeister Schranz** nehmen den Vorschlag der **Frau Stadtv. Walther** und der **Herren Stadtv. Benter** und **Stadtv. Zimkeit** zustimmend auf und sagen zu, die einzelnen Teilberichte der überörtlichen Prüfung zusammen mit Stellungnahmen der Verwaltung an die jeweils zuständigen Fachausschüsse weiterzuleiten.

Im weiteren Verlauf gibt **Herr Oberbürgermeister Schranz** - mit Bestätigung durch **Frau Beigeordnete München** - zur Kenntnis, dass eine Satzung für die Erhebung von Elternbeiträgen im Offenen Ganztage derzeit erarbeitet und noch im Jahr 2016 erlassen wird.

Die in dem Bericht über die überörtliche Prüfung aufgezeigten Möglichkeiten weiterer Personaleinsparungen in den verschiedenen Bereichen der Stadt Oberhausen werden nach Auskunft des **Herrn Oberbürgermeister Schranz** in intensiven Gesprächen mit der Gemeindeprüfungsanstalt NRW erörtert.

Bezug nehmend auf die Anfragen des **Herrn Stadtv. Zimkeit** teilt **Herr Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Tsalastras** mit, dass die Feststellungen und Empfehlungen aus dem GPA-Bericht in die weitere Haushaltssanierungsplanung einbezogen werden.

Auch **Frau Beigeordnete München** entnimmt dem Bericht über die überörtliche Prüfung durch die GPA NRW wichtige Hinweise. Die Frage der **Frau Stadtv. Walther** beantwortet **Frau Beigeordnete München** dahingehend, dass die Bezugsgröße der Bruttogrundfläche für die Betrachtung energetischer Gesichtspunkte hilfreich ist.

Eingedenk der fortdauernden Diskussion über die kommunalpolitisch erwünschte bürgerfreundliche Vorhaltung von drei Bürgerservicestellen entgegnet **Herr Beigeordneter Motschull** der Frage des **Herrn Stadtv. Benter**, dass die Bezirksverwaltungsstelle Osterfeld durchaus frequentiert wird.

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Im weiteren Verlauf geht **Herr Stadtv. Benter** auf die Teilberichte der überörtlichen Prüfung in den Bereichen Jugend und Soziales ein. Darin wird von der GPA NRW die Umsetzung der Ergebnisse einer Organisationsuntersuchung der Fa. con_sens durch die Stadt Oberhausen lobend erwähnt. Sein Interesse richtet sich dann auf die Frage nach dem Sachstand der Umsetzung dieses Gutachtens. Konkret spricht er die Empfehlung Nr. 6 (Seite 30 von 36) der GPA NRW für den Bereich Integrationshilfen an. Unter Hinweis auf die Empfehlung Nr. 8 (Seite 32 von 36) zitiert er, dass eine öffentliche Ausschreibung der Leistungen für den Behindertenfahrdienst seit mehreren Jahren nicht erfolgte, so dass kein Wettbewerb stattfinden konnte.

Frau Beigeordnete Münich gibt Auskunft darüber, dass die Fa. con_sens im Rahmen ihrer Organisationsuntersuchung eine Vielzahl von Optimierungs-ansätzen für eine wirtschaftlichere Aufgabenwahrnehmung erarbeitet hat, von denen acht Maßnahmen bislang noch nicht umgesetzt wurden. Soweit die GPA NRW bei den empirischen Stellenvergleichen in ausgewählten Aufgabenfeldern teilweise zu anderen Ergebnissen kommt als die externe Organisationsuntersuchung der Fa. con_sens (Feststellung 2 Seite 5 von 36), verweist **Frau Beigeordnete Münich** auf die unterschiedliche Zielsetzung und Betrachtungsweise der beiden Gutachter, sodass in diversen Bereichen keine übereinstimmenden Konsolidierungsbeiträge erzielt werden. Zur Empfehlung Nr. 6 (Seite 30 von 36) der GPA NRW informiert **Frau Beigeordnete Münich**, dass die Gewährung von Integrationshilfen nach den rechtlichen Bestimmungen erfolgt. Die Entscheidung über die Ausgestaltung der Hilfeleistung (Individualbetreuung oder „Pooling“) liege bei den Eltern. Bezüglich des Behindertenfahrdienstes ist anzumerken, dass zwischenzeitlich eine Ausschreibung vorgenommen wurde, deren Frist Ende Mai 2016 abläuft.

Als nächstes thematisiert **Herr Stadtv. Benter** die Feststellung Nr. 11 (Seite 21 von 29 im Teilbericht „Schulen und Sport“) der GPA-NRW zur Schülerbeförderung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Danach zahlt die Stadt Oberhausen dem Verkehrsunternehmen mehr als die tatsächlichen Ticketkosten für anspruchsberechtigte Schüler im jeweiligen Schuljahr. Im gleichen Zusammenhang greift er die Empfehlung Nr. 5 der GPA NRW hinsichtlich einer haushaltstechnisch transparenten Abbildung einer Subventionierung des ÖPNV auf. Dem Teilbericht „Grünflächen“ entnimmt **Herr Stadtv. Benter** die Feststellung der GPA-NRW (Seite 12 von 20), dass die Aufwendungen der Stadt Oberhausen für die Unterhaltung und Pflege der Spiel- und Bolzplatzflächen sehr hoch sind. Mit Bezug auf die im GPA-Bericht genannten Kennzahlen erkundigt sich **Herr Stadtv. Benter** nach dem Grund der für Oberhausen ausgemachten Abweichung.

Frau Beigeordnete Münich macht in diesem Zusammenhang auf den sehr guten Pflegezustand der Flächen aufmerksam. Dieser ist maßgeblich darauf zurückzuführen, dass von Eltern oder Spielplatzpaten gemeldete Mängel und Unzulänglichkeiten an den Flächen oder Geräten umgehend von der OGM GmbH beseitigt werden. Hierzu betont **Frau Beigeordnete Münich** die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem Kinderbüro der Stadt Oberhausen und der OGM GmbH. Die Höhe der Kosten in diesem Bereich werden in den Leistungsverträgen zwischen der Stadt Oberhausen und der OGM GmbH vereinbart und entziehen sich der Einflussnahme des Dezernates 3/Familie, Bildung und Soziales.

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Tsalastras verweist abschließend auf das im Entwurf befindliche Spielplatzentwicklungskonzept als Maßnahme des Haushaltssanierungsplanes. Die Ausführungen der **Frau Beigeordneten Münich** ergänzt er dahingehend, dass die Stadt Oberhausen in der Vergangenheit Fördermittel aus Konjunkturpaketen genutzt hat, um diese in den Ausbau von Spiel- und Bolzplätzen und deren Aufbauten zu investieren. Insofern werden die im GPA-Bericht festgestellten hohen Aufwendungen auch durch die entsprechenden Abschreibungen beeinflusst.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen stellt der Vorsitzende **Herr Stadtv. Koch** fest, dass der Rechnungsprüfungsausschuss den Bericht (Drucksache Nr. M/16/1684-01) über die Überörtliche Prüfung i. S. d. § 105 GO NRW der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (GPA NRW) zur Kenntnis genommen hat.

3. Untersuchung der Niederrheinnischen Treuhand GmbH (NRT)
- über den Abschluss von Mobilfunkverträgen und
- des Verfahrens der Beschaffung der OGM Oberhausener
Gebäudemanagement GmbH für die Stadt Oberhausen
Vorlage: M/16/1685-01

Einleitend stellt **Herr Stadtv. Benter** fest, dass die Geschäftsführung der OGM GmbH in dieser Sitzung nicht für Fragestellungen aus dem Gremium zur Verfügung steht. Seiner Ansicht nach lassen die Stellungnahmen der OGM GmbH nicht auf einen verantwortungsvollen Umgang mit der von NRT untersuchten Problematik und den daraus hervorgegangenen Empfehlungen/Abhilfemaßnahmen schließen. Bezug nehmend darauf, dass die OGM GmbH beabsichtigt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Vollzeitstelle für die „Innenrevision“ einzurichten und zu besetzen, richtet sich sein Interesse auf das dafür vorgesehene Stellenprofil und die Stellenanforderungen. Im gleichen Zusammenhang fragt er nach, ob bzw. wie viele Bewerber/innen es bereits gibt.

Frau Stadtv. Walther greift ebenfalls das Thema „Innenrevision“ auf und erkundigt sich, inwieweit die Arbeitsfähigkeit der neuen Innenrevision sichergestellt ist.

Mit Blick auf die von NRT formulierten Empfehlungen/Abhilfemaßnahmen beurteilt **Herr Stadtv. Dr. Goeke** die Stellungnahmen der OGM GmbH als sehr oberflächlich. Im Falle der Anwesenheit der Geschäftsführung der OGM GmbH hätte seinerseits Interesse an einer Beschreibung des Verfahrens mit der elektronischen Schnittstelle zwischen der Software Matrix 42 und SAP und dem damit einhergehenden Customizing bestanden.

Herr Stadtv. Blanke erachtet es als äußerst schwierig, ohne Anwesenheit der Geschäftsführung der OGM GmbH weitere Antworten zu diesem Thema zu erhalten. Letztlich ist die OGM GmbH mit den Stellungnahmen zu den Empfehlungen/Abhilfemaßnahmen in den Untersuchungsberichten der NRT einem gemeinsamen Wunsch des Finanz- und Personalausschusses sowie des Rechnungsprüfungsausschusses gefolgt (Drucksache Nr. M/16/1312-01). Daraus gilt es, politische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Sowohl **Herr Stadtv. Blanke** als auch **Herr Stadtv. Benter** sehen zu dieser Angelegenheit einen weiteren Klärungsbedarf und die Notwendigkeit, diesen zeitnah an geeigneter Stelle zu thematisieren.

In diesem Zusammenhang schlägt **Frau Stadtv. Walther** vor, die Geschäftsführung der OGM GmbH zur nächsten Sitzung des Finanz- und Personalausschusses einzuladen.

Nach Ausführungen des **Herrn Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Tsalastras** gilt es, die finanziellen Auswirkungen für die Stadt Oberhausen aus der Umsetzung der gutachterlichen Anforderungen der NRT zu betrachten. Insgesamt sind die aus dem Gremium gestellten Fragen auch im Aufsichtsrat der OGM GmbH zu behandeln.

Herr Stadtv. Zimkeit fordert einen fairen Umgang mit der Geschäftsführung der OGM GmbH und betont, dass deren Abwesenheit keinesfalls als Ausdruck einer Auskunftsverweigerung zu bewerten ist. Daher ist es in der Tat zielführend, die Geschäftsführung der OGM GmbH zur nächsten Sitzung des Finanz- und Personalausschusses einzuladen. Im Übrigen weist **Herr Stadtv. Zimkeit** ausdrücklich darauf hin, dass die Arbeitsfähigkeit der Innenrevision der OGM GmbH sichergestellt ist. Im Übrigen erfolge eine regelmäßige Berichterstattung im Aufsichtsrat. Hinsichtlich der von NRT formulierten Abhilfemaßnahme, das gesamte Bestellverfahren über das SAP-System abzuwickeln, gibt **Herr Stadtv. Zimkeit** zu bedenken, dass dann beispielsweise auch die OGM-Schulkonten nicht mehr aufrechterhalten werden können. Als Ergebnis der kommunalpolitischen Willensbildung wurden die OGM-Schulkonten eingerichtet, um den Schulen eine gewisse finanzielle Flexibilität bei Beschaffungen zu ermöglichen. Diese Beschaffungen werden außerhalb des SAP-Systems vorgenommen.

Herr Oberbürgermeister Schranz unterstützt den Vorschlag, die Geschäftsführung der OGM GmbH zur nächsten Sitzung des Finanz- und Personalausschusses einzuladen. Weiterhin teilt er mit, dass der Rat der Stadt eine gutachterliche Untersuchung zur strategischen Neuordnung der Organisation und Struktur der OGM GmbH durch ein externes Beratungsunternehmen beschlossen hat (Drucksache Nr. B/16/1667-01). Die Frist für die Abgabe entsprechender Angebote ist allerdings noch nicht abgelaufen.

Zum Abschluss der Diskussion verweist **Herr Dezernent Schmidt** noch einmal darauf, dass bereits verschiedene Anregungen aus dem NRT-Bericht umgesetzt wurden. Demzufolge nutzt die Verwaltung für Beschaffungen aus einem IT-Warenkorb nunmehr die bei der OGM GmbH für derartige Bestellprozesse verwendete Software Matrix 42. Die in diesem Zusammenhang notwendigen Vertragsanpassungen wurden erarbeitet und stehen zur Beratung an. Überdies steht derzeit eine zentrale Warenannahmestelle zur Diskussion. **Herr Dezernent Schmidt** verweist erneut auf den für Herbst 2016 angekündigten Sachstandsbericht bezüglich der Realisierung der Vorschläge der NRT und des Bereiches Rechnungsprüfung.

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Der Vorsitzende **Herr Stadtv. Koch** stellt fest, dass der Rechnungsprüfungsausschuss den Bericht über die Untersuchung der Niederrheinischen Treuhand GmbH (NRT)
- über den Abschluss von Mobilfunkverträgen und
- des Verfahrens der Beschaffung der OGM GmbH
Oberhausener Gebäudemanagement GmbH für die Stadt Oberhausen
(Drucksache Nr. M/16/1685-01) zur Kenntnis genommen hat.

4. Neues Kommunales Finanzmanagement
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014
Vorlage: B/16/1672-01

Herr Stadtv. Benter bedankt sich zunächst bei der Rechnungsprüfung für den vorliegenden Bericht und hebt die geringe Anzahl der Feststellungen positiv hervor. Die Feststellung 2 des Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014, die Aktenordnung für die Stadt Oberhausen betreffend, und die anschließende Stellungnahme der Verwaltung veranlassen **Herrn Stadtv. Benter** zu der Anregung, die Einführung einer elektronischen Aktenführung prüfen zu lassen. Eine solche Initiative ist auch der Einführung des Zentralen Vertragsmanagements vorausgegangen.

Frau Stadtv. Walther dankt ebenfalls für den Bericht und formuliert mit Bezug auf die beigefügte Übersicht über Feststellungen, Empfehlungen und Hinweise diverse Fragen und Anmerkungen. Zur Darstellung unter Hinweis 2 (Seite 4) möchte **Frau Stadtv. Walther** wissen, ob eine Rückgliederung in das Anlagevermögen erforderlich ist, soweit für die Tackenbergsschule infolge ihrer Nutzung als Flüchtlingsstandort nun doch keine Verkaufsabsichten mehr bestehen. Des Weiteren thematisiert **Frau Stadtv. Walther** die jährlichen Substanzverluste beim Anlagevermögen, die auf eine Investitionsquote von deutlich unter 50 % zurückzuführen sind (Hinweis 6, Seite 9). Hinsichtlich der Feststellung 3 (Seite 15, Beschaffungs-/Vergabeordnung für die Stadt Oberhausen) und des Hinweises 10 (Seite 23, EDV-Programmfreigabe) ist **Frau Stadtv. Walther** am Stand der Bearbeitung interessiert. Was die Umsetzung des Straßenbauprogrammes 2014 (Hinweis 27, Seite 153) anbelangt, verweist **Frau Stadtv. Walther** auf die Möglichkeit von Dringlichkeitsentscheidungen.

Herr Stadtv. Zimkeit richtet ebenso seinen Dank bezüglich des Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 an die Rechnungsprüfung und die Verwaltung und betont, dass die Stadt Oberhausen in der zeitlichen Abfolge sowohl bei der Erstellung von Jahresabschlüssen als auch deren Prüfung im Vergleich zu anderen Kommunen sehr weit fortgeschritten ist. Im Übrigen schließt er sich den Ausführungen des **Herrn Stadtv. Benter** an und befürwortet die Einführung einer elektronischen Aktenführung.

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Dezernent Schmidt macht darauf aufmerksam, dass sich die Verwaltung angesichts des am 01. August 2013 in Kraft getretenen Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Bundes (E-Government-Gesetz - EGovG) und mit Blick auf ein im Beratungsgang befindlichen E-Government-Gesetzes für das Land NRW bereits mit dem Thema der elektronischen Aktenhaltung beschäftigt hat. Die Informationsrecherche bei privaten Anbietern führt zu der Erkenntnis, dass die elektronische Archivierung von Akten sehr aufwändig und kostenintensiv ist. Insoweit beabsichtigt die Stadt Oberhausen bei der Einführung und Umsetzung elektronisch gestützter Verwaltungsverfahren die Erfahrungen anderer Kommunen auf diesem Gebiet heranzuziehen. Diesen Erläuterungen fügt **Herr Dezernent Schmidt** an, dass die „Aktenarchivierung“ in Verbindung mit der Raumplanung zu betrachten ist. Der Beschluss über die grundsätzliche Standortaufgabe Tackenbergsschule ist nach Darstellung des **Herrn Dezernenten Schmidt** weiterhin gültig. Der Zeitpunkt der vorgesehenen Verwertung wird an der Prognose der Flüchtlingszahlen ausgerichtet.

Herr Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Tsalastras nimmt Bezug auf die geringen Investitionen und den dadurch bedingten Substanzverlust des städtischen Anlagevermögens. Von dieser Entwicklung sind nahezu alle Stärkungspaktkommunen betroffen. Insbesondere erfolgt im Rahmen der Haushaltsverfügung mit der Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf zur öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung auch eine Festsetzung der Investitionsmittel. Die von der Stadt Oberhausen erwarteten Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds (Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen - Kommunalinvestitionsförderungs-gesetz - KInvFG) sind nach Auskunft des **Herrn Ersten Beigeordneten und Stadtkämmerer Tsalastras** nicht umfänglich geeignet, den aus den Jahren der notwendigen Haushaltskonsolidierung verbleibenden Investitionsbedarf aufzuholen. Hierzu braucht es weiterer Unterstützung durch den Bund.

Anschließend thematisiert **Herr Oberbürgermeister Schranz** die Initiative der Verwaltung, ein Konzept zur Errichtung einer zentralen Stelle für vergaberechtliche Angelegenheiten zu erarbeiten. Über die perspektivische Ausgestaltung als „Zentrale Vergabeberatungsstelle“ oder „Zentrale Vergabestelle“ wird derzeit noch beraten. Dabei soll die Entscheidungsfindung durch das Ergebnis einer interkommunalen Abfrage unterstützt werden.

Stadt Oberhausen	24.05.2016 15:05 Uhr	Rechnungsprüfungsausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
6. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 170, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Der Vorsitzende **Herr Städtv. Koch** stellt fest, dass der Rechnungsprüfungsausschuss den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 (Drucksache Nr. B/16/1672-01) einstimmig (mit 3 Enthaltungen) wie folgt beschlossen hat:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt den als Anlage beigefügten Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Oberhausen zum 31.12.2014. Aufgrund der durchgeführten Prüfung wird ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.
2. Der Rechnungsprüfungsausschuss leitet den oben genannten Prüfungsbericht über den Oberbürgermeister an den Rat der Stadt mit der Empfehlung weiter, den Jahresabschluss zum 31.12.2014 festzustellen.
3. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, dem Oberbürgermeister Entlastung zu erteilen.

Ende des öffentlichen Teils: 16:30 Uhr

Koch
Vorsitzender



Thönissen
Schriftführer

